

Der Vorsitzende der Bischofskonferenz warnte allerdings vor beidem: sich durch ein Übermaß an Einrichtungen zu übernehmen und sich allzu eng in den Bezugsrahmen öffentlicher Leistungsgewährung einspannen zu lassen. „Es ist der freien Wohlfahrtspflege nicht einfach erlaubt, sich aus dem Mitwirken im öffentlichen Sozialsystem zurückzuziehen und sich in frei gewählten Nischen einzelner Notlagen aufzuhalten. Aber das Einbezogenensein in das gesamte soziale Si-

cherungssystem darf nicht dazu führen, daß gerade die Kirche in eine zu enge Abhängigkeit gerät, daß sie der Pflicht kaum noch nachkommen kann, Anwalt für die Notleidenden zu sein, und daß sie durch ihre Abhängigkeit das kritische Urteilsvermögen verliert.“ Einig aber waren sich alle in *einem*: Caritas darf auf keinen Fall Einrichtungen unterhalten oder übernehmen, nur weil sie (durch die öffentliche Hand) bezahlt werden.

D. S.

armenischen. Im Unterschied zu den Katholiken des ukrainischen Ritus blieben lateinische Gemeinden in der Stadt und ihrem Umland nach 1945 bestehen; auch die lateinische Kathedrale von Lemberg „arbeitete“. Allerdings wurde damals der lateinische Erzbischof *Eugeniusz Baziak* zum Verlassen der Sowjetunion gezwungen und ließ sich in der ostpolnischen Stadt Lubaczów nieder, von wo aus er den kleinen polnisch gebliebenen Teil seines Bistums leitete. Nach seinem Tod wurde das lateinische Erzbistum Lemberg von Apostolischen Administratoren verwaltet; der seit 1984 amtierende Administrator, Bischof *Marian Jaworski*, wurde jetzt zum lateinischen Erzbischof von Lemberg ernannt. Vermutlich wird der neue Erzbischof vorerst aber weiter in Polen residieren. Darauf deutet jedenfalls die Tatsache hin, daß zusammen mit ihm zwei lateinische Weihbischöfe für Lemberg ernannt wurden, jeweils mit dem Zusatz „für das Bistumsgebiet in der Ukrainischen Sowjetrepublik“. Einer der Weihbischöfe war bisher Pfarrer der lateinischen Kathedrale von Lemberg.

Anders als das Territorium des Erzbistums Lemberg gehörten die Territorien der beiden lateinischen Bistümer Kamieniec und Zytomir auch schon vor dem Zweiten Weltkrieg zur Sowjetunion. Beide Diözesen waren seit der Oktoberrevolution nicht mehr besetzt. Daß die jetzt ernannten Bischöfe für Kamieniec und Zytomir, *Jan Olszanski* und *Jan Purwanski*, polnische Namen tragen, ist kein Zufall. Die Mehrzahl der lateinischen Katholiken in der Westukraine ist *polnischer Herkunft*. Ihre Zahl ging nach dem Krieg durch die von der Sowjetunion erzwungene Übersiedlung vieler Polen aus den an die UdSSR abgetretenen polnischen Ostgebieten stark zurück. Insgesamt gibt es in der Ukraine derzeit etwa 100 katholische Gemeinden des lateinischen Ritus, die von ca. 50 Priestern betreut werden.

Die jetzt erfolgten Bestätigungen bzw. Ernennungen für die griechisch-katholische und lateinische Hierarchie in der Westukraine lassen einige Fragen offen, die auf das Gesamtproblem der

Ukraine: Schritte zur kirchlichen Normalisierung

Die siebte Synode der ukrainisch-katholischen Bischöfe, die vom 3. bis 10. Februar im Vatikan tagte, war die erste nach der Teillegalisierung dieser größten katholischen Ostkirche in ihrem Mutterland durch die sowjetischen bzw. ukrainischen Behörden Ende 1989 (vgl. HK, Januar 1990, 12 ff.). Schon im Sommer vergangenen Jahres waren zehn geheim geweihte Bischöfe aus Galizien und der Karpatoukraine zu einer Begegnung mit Johannes Paul II. nach Rom gekommen, um gemeinsam mit ihren Mitbrüdern aus der amerikanischen und europäischen Diaspora über den Neuaufbau ihrer 1946 auf staatlichen Druck aufgelösten Kirche in der Ukraine zu beraten (vgl. HK, August 1990, 359 ff.).

Zehn Geheimbischöfe bestätigt

Ein wichtiger Schritt für diesen Neuaufbau erfolgte jetzt kurz vor der Synode: Der Papst bestätigte Mitte Januar formell die griechisch-katholische Hierarchie in der Westukraine und ernannte gleichzeitig fünf Bischöfe für ukrainische Bistümer des lateinischen Ritus. Außerdem besetzte Johannes Paul II. auch das ukrainisch-katholische Bistum Przemysl in Polen (vgl. Osservatore Romano, 17. 1. 91).

Alle jetzt vom Papst bestätigten ukrainisch-katholischen Bischöfe wurden während der Jahrzehnte der Illegalität geheim zum Bischof geweiht, der älteste von ihnen, Erzbischof *Volodymir Sterniuk* (Jahrgang 1907), 1964, der jüngste, Bischof *Irynej Bilyk* (Jahrgang 1950) erst im August 1989. Teilweise verbrachten sie nach 1946 Jahre im Gefängnis; ihren Lebensunterhalt verdienten sie sich während der Zeit der Unterdrückung ihrer Kirche in den verschiedensten Berufen, vom Automechaniker bis zum Arbeiter in einem landwirtschaftlichen Betrieb. Die drei Diözesanbischöfe, die Johannes Paul II. in ihrem Amt formell bestätigte, leiteten ihre Bistümer schon bisher: Erzbischof Sterniuk war seit 1972 im Erzbistum Lemberg Stellvertreter des in Rom lebenden Großerbischofs, Bischof *Sofron Dmyterko* von Ivano-Frankivsk (früher Stanislaviv) leitet sein Bistum seit 1973, und Bischof *Ivan Semedij* von Mukačevo-Užhorod (Karpatoukraine) war dort seit 1983 im Amt. Für das Erzbistum Lemberg wurden drei Weihbischöfe bestätigt, jeweils zwei für Ivano-Frankivsk und Mukačevo.

Lemberg war bis zur zwangsweisen Auflösung der ukrainisch-katholischen Kirche Sitz von gleich drei katholischen Erzbischöfen, einem ukrainischen, einem lateinischen und einem

Neustrukturierung der katholischen Hierarchie für weite Teile der Sowjetunion verweisen. So waren die beiden Diözesen Kamieniec und Zytomir früher dem Erzbistum Mohilev (in Weißrußland) als Suffraganbistümer zugeordnet, das nicht besetzt ist. Vor allem aber sind die Bistumsgrenzen bisher noch nicht dem Grenzverlauf zwischen Polen und der UdSSR bzw. der Ukrainischen Sowjetrepublik angepaßt. Das lateinische Erzbistum Lemberg umfaßt ebenso Gebiete in beiden Ländern wie das ukrainisch-katholische Bistum Przemysl. Der jetzt zum ukrainisch-katholischen Bischof von Przemysl ernannte *Jan Martyniak* war seit 1989 Weihbischof des polnischen Primas, Kardinal Glemp, für die griechisch-katholischen Gläubigen in Polen.

Bald ein neuer Großerzbischof von Lemberg

Auch an der Spitze der ukrainisch-katholischen Kirche steht eine Veränderung bevor. Zwar wurde jetzt der vierundachtzigjährige Erzbischof Sterniuk von Johannes Paul II. als Stellvertreter des in Rom lebenden, seit 1981 amtierenden Großerzbischofs von Lemberg, Kardinal *Myroslaw Ivan Lubachivsky*, bestätigt. Kardinal Lubachivsky selber kündigte an, er werde an Ostern in seiner Lemberger Kathedrale einen Gottesdienst feiern und anschließend Pastoralbesuche in den großen Städten der Westukraine machen. Aber auf der Tagesordnung der ukrainisch-katholischen Synode im Vatikan stand jetzt u. a. die Zusammenstellung einer Dreierliste für die Nachfolge des Kardinals als Großerzbischof von Lemberg. Johannes Paul II. wird in absehbarer Zeit einen der drei Kandidaten auf dieser Liste zum neuen Oberhaupt der ukrainisch-katholischen Kirche ernennen.

Kardinal Lubachivsky hat das Rücktrittsalter für Bischöfe erst knapp überschritten (er wird im Juni 77 Jahre alt); es wäre nach gegenwärtigen Gepflogenheiten nicht ungewöhnlich gewesen, ihn noch einige Jahre im Amt zu belassen. Aber offenbar setzt man

in der Kurie auf einen Neuanfang für die ukrainisch-katholische Kirche, die inzwischen als dominierende Glaubensgemeinschaft in der Westukraine wieder fest etabliert ist (in Lemberg bekennen sich nach Schätzungen etwa 70 Prozent der Bevölkerung zur ukrainisch-katholischen Kirche), aber in einem Umfeld religiöser, nationaler und politischer Spannungen ihr Profil gewinnen muß. Diese entscheidende Aufgabe möchte man einem neuen Großerzbischof anvertrauen, der wohl nicht aus den Reihen der Auslandsbischöfe kommen wird.

Bei der Papstaudienz zum Abschluß der Synode wiederholte Kardinal Lubachivsky die schon oft vorgetragene Bitte an den Papst, die ukrainisch-katholische Kirche in den Rang eines *Patriarchats* zu erheben. Dieser Wunsch hat allerdings auch weiterhin kaum Aussichten auf Realisierung. Die Schaffung eines katholischen Patriarchats in der Ukraine würden die Spannungen mit der Orthodoxie weiter verschärfen, die selber gespalten ist: Neben dem ukrainischen Exarchat des Moskauer Patriarchats hat sich inzwischen die Autokephale Ukrainisch-orthodoxe Kirche etabliert, deren Patriarch aus dem amerikanischen Exil nach Kiew zurückgekehrt ist. Rom ist nach wie vor viel am Erhalt und Ausbau der Beziehungen zur Russischen Orthodoxen Kirche gelegen; diese ökumenischen Kontakte sollen durch das Engagement für die Belange der ukrainisch-katholischen Kirche möglichst wenig in Mitleidenschaft gezogen werden.

Dementsprechend laufen die vatikanischen Bemühungen um eine einvernehmliche Lösung der Probleme zwischen der russischen Orthodoxie und den ukrainischen Katholiken des byzantinischen Ritus weiter. Anfang Dezember des vergangenen Jahres hielt sich der Präsident des Rates für die Förderung der Einheit der Christen, Erzbischof *Edward Cassidy*, eine Woche in Moskau und Lemberg auf. Der Besuch, so hieß es in einem Beitrag des „Osservatore Romano“ (27. 1. 91), habe es erlaubt, „die Kontakte mit Katholiken und Orthodoxen auf der Suche nach einer dauerhaften Lösung im Geist kirchlicher Brüderlichkeit fort-

zusetzen“. Bislang ist der Streit zwischen den beiden Kirchen um Gotteshäuser und andere kirchliche Gebäude in der Westukraine allerdings noch nicht ausgestanden.

Zu Beginn der Synode der ukrainisch-katholischen Bischöfe wies Erzbischof *Myroslaw Marusyn*, Sekretär der Ostkirchenkongregation, darauf hin, daß die Hilfestellungen für die ukrainisch-katholische Kirche im Geist der Ökumene erfolgen müßten. Pro-Staatssekretär *Angelo Sodano* sagte bei der ersten Arbeitssitzung der Synode, das Treffen signalisiere das Ende einer qualvollen Ära in der Geschichte der ukrainisch-katholischen Kirche. Gleichzeitig leite es aber eine neue Epoche mit „leider neuen unvorhergesehenen Schwierigkeiten“ ein. Auch Johannes Paul II. sprach bei der Audienz für die ukrainisch-katholischen Bischöfe von einem „schwierigen historischen Augenblick“ und mahnte sie zu Demut, Milde und Geduld. Solche Eigenschaften sind im übrigen nicht nur im Blick auf das katholisch-orthodoxe Verhältnis in der Ukraine gefordert, sondern auch innerkatholisch für die Beziehungen zwischen lateinischen und ukrainisch-katholischen Gläubigen in der Ukraine wie auch in Polen. Die Ernennung sowohl eines lateinischen Erzbischofs von Lemberg wie eines ukrainisch-katholischen Bischofs in Polen ist in dieser Hinsicht vermutlich als *Kompromiß* zu sehen, der den Ansprüchen beider Seiten Rechnung tragen soll.

Der mühsame Weg aus der Illegalität

Die Frage der Zusammenarbeit mit den lateinischen Bischöfen in der Ukraine stand bei der Synode ebenso auf der Tagesordnung wie die Anwendung des neuen Ostkirchenrechts (vgl. ds. Heft, S. 136 ff.) auf die ukrainisch-katholische Kirche und die pastoralen Probleme, die sich aus der veränderten Situation für die Kirche ergeben. Die Umstellung vom Leben einer offiziell verbotenen und vielfach verfolgten Untergrundkirche auf die neuen Möglichkeiten und Risiken des kirchlichen Handelns in einer sehr exponierten

Region ist mühsam. Galizien ist der Hort der ukrainischen National- und Autonomiebewegung; aber auch hier ist der erste Elan inzwischen dahin. Die nichtkommunistischen Kräfte sind in eine Vielzahl von Gruppen und Parteien aufgesplittert und verzettelt sich vielfach in nebensächlichen Fra-

gen. Die wirtschaftlichen Probleme schlagen auch im unter sowjetischer Herrschaft stark industrialisierten Galizien voll durch. In dieser spannungsreichen Umbruchsituation lastet gerade auf der ukrainisch-katholischen Kirche eine besondere Verantwortung. U. R.

minder ausgeprägt auch in anderen osteuropäischen Ländern.

Allen voran in der *Sowjetunion*. In ihrem russischen Kernland machen sich national-populistische Strömungen breit, für die antisemitische bzw. – wie sie es selbst nennen – „antizionistische“ Bestrebungen fester Bestandteil des politischen Weltbildes sind. Zu den bekanntesten Bewegungen innerhalb dieser neuen russischen Rechten gehört die 1983, also bereits vor dem Beginn von *Perestrojka* und *Glasnost*, gegründete russisch-patriotische Bewegung *Pamjat* (zu deutsch: Erinnerung, Gedächtnis). Sie ist inzwischen zu einem ernst zu nehmenden politischen Faktor im Lande geworden, ohne sich im eigentlichen Sinn als politische Partei zu verstehen. Nach außen durch Uniformierung gekennzeichnet und nach innen durch das Autoritätsprinzip strukturiert und damit manchen westlichen neonazistischen Gruppierungen zum Verwechseln ähnlich, ist diese Bewegung unter ihrem „Führer“, *Dimitrij Wassiljew*, in Rußland nicht etwa nur ein „Außen-seiter als eher schon ein Trendsetter“ (*Gerd Koenen*, in: Osteuropa-Archiv, März 1990).

Für *Pamjat* und andere ist Antisemitismus Teil einer breiteren Abwehrhaltung gegen alles, was als dem „russischen Wesen“ vermeintlich zuwiderlaufend bekämpft wird: *westlicher Liberalismus, Pluralismus, Demokratie*. Antisemitisch wird diese Haltung vor allem dann, wenn antirussische Kräfte im Sinne eines weltweit inszenierten *Komplots* am Werk gesehen werden. Auch das Zerrbild einer verschwörerischen *Freimaurerei* lebt dabei wieder auf. Der Klassenfeind von einst wird so durch die „Russophoben“ ersetzt – ein Begriff, der anwendbar ist „auf den ‚geistlosen‘ Westen, der, vom Gift der Pornographie und der Drogen durchsetzt, dem russischen Volk, der reinsten Verkörperung des Gewissens, den Garaus machen will, sowie auf die inneren Feinde – Liberale und Demokraten, Intelligenzler und Spekulanten, Dissidenten und Juden“ (*Andrej Sinjawski*, in: FAZ, 23.12.89). „Erinnerung“ meint für *Pamjat* die Absage an jede Form von *Kosmopoli-*

Osteuropa: Antisemitismus und die Furcht davor

Als die polnischen Bischöfe Ende November des vergangenen Jahres ihren *Antisemitismus-Hirtenbrief* verabschiedeten (vgl. HK, Februar 1991, 97), nahmen sie als offiziellen Anlaß dazu den 25. Jahrestag der feierlichen Schlußabstimmung zum Konzilsdekret „*Nostra aetate*“ über die nichtchristlichen Religionen, mit dem das Zweite Vatikanum die Beziehungen der katholischen Kirche zum Judentum auf eine neue Grundlage stellte. Den eigentlichen Anlaß des Schreibens, das in Teilen bereits vor Weihnachten bekannt, aber erst am 20. Januar in den Kirchen des Landes verlesen wurde und für das die polnischen Bischöfe von jüdischer Seite mehr als nur ein „Pflichtlob“ erhielten, übergingen sie allerdings schamhaft: Durch verschiedene antisemitische Vorkommnisse der jüngsten Zeit, gerade auch im Vorfeld der ersten freien Präsidentschaftswahlen (vgl. HK, Februar 1991, 71), waren die Bischöfe in der polnischen Öffentlichkeit unter Druck geraten. So sahen sie sich gezwungen, sich unmißverständlich dazu zu äußern.

Ein Antisemitismus, der sich als Antizionismus tarnt

Bereits im Mai 1990 hatte die Kommission der Polnischen Bischofskonferenz für die Beziehungen zum Judentum (Vorsitzender: Bischof *Henryk Muszyński* von *Włocławek*) ihre Besorgnis darüber zum Ausdruck gebracht, daß von bestimmten Gruppie-

rungen zum Erreichen ihrer politischen Ziele antisemitische Slogans eingesetzt würden. U. a. war versucht worden, prominente *Solidarność*-Vertreter wie *Adam Michnik*, *Bronislaw Geremek* und *Jan Litynski* mit dem Hinweis auf ihre jüdische Abstammung zu diskreditieren.

In Polen, wo heute nur noch eine geringe Zahl von Juden (12 000) lebt, soll der Hinweis auf die tatsächliche oder vermeintliche jüdische Abstammung Zusammenhänge mit der Zeit suggerieren, in der Juden z. T. Schlüsselstellungen in Arbeiterpartei und Sicherheitspolizei innehatten und als wichtige Stützen des stalinistischen Systems galten.

Nach seinen z. T. unglücklichen Äußerungen zu antisemitischen Vorfällen im Präsidentschaftswahlkampf nutzte unterdessen Staatspräsident *Lech Wałęsa* Ende Januar den Besuch einer Delegation der internationalen jüdischen Organisation *B'nai B'rith* in Polen dazu, Mißverständnisse in bezug auf seine eigene Haltung in dieser Frage auszuräumen. *Wałęsa* betonte gegenüber der Delegation, er werde Antisemitismus in Polen nicht dulden. Kein Christ könne Antisemit sein. Das jüdische und das polnische Volk müßten alle Erscheinungsformen von Haß bekämpfen.

Sosehr Polen deswegen in den letzten Monaten im Mittelpunkt des internationalen öffentlichen Interesses stand, auf dieses Land beschränkt sind antisemitische Tendenzen in Osteuropa gegenwärtig nicht. Antisemitische Tendenzen zeigen sich mehr oder